

Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit
Forschungsverbund der Universität Frankfurt und der Universität Hildesheim

Covid-19-Pandemie-Aufarbeitung – klares Signal aus der Forschung: Junge Menschen sind zu beteiligen!

In den letzten Monaten wird in der Öffentlichkeit eine Aufarbeitung oder eine Enquete-Kommission zur Analyse der politischen Maßnahmen während der Covid-19-Pandemie gefordert. Diese Forderung ist zu unterstützen, wenn die Ergebnisse der Forschung zur Kindheit und Jugend während der Covid-19-Pandemie und die Pandemie-Folgen für junge Menschen – also von Kindern, Jugendliche und jungen Erwachsenen – explizit betrachtet werden. Während erscheint, dass junge Menschen an der Aufarbeitung selbst systematisch beteiligt werden.

Die Vorsitzende des Ethikrats, Alena Buyx, hat bereits 2022 hervorgehoben, dass der jungen Generation „große Solidarität abverlangt“ wurde: „Aber diejenigen, die selbst in Notlagen gerieten, erhielten nicht zuverlässig die erforderliche Beachtung und Unterstützung. Wir schulden als Gesellschaft Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht nur Dank und Respekt, sondern konkretes Handeln.“ Letztlich wurde schon damals eine Aufarbeitung der Politik gegenüber jungen Menschen gefordert: „Insgesamt muss sichergestellt werden, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in gesellschaftlichen Krisen mit allen Kräften geschützt werden. Dazu gehört auch, ihre Anliegen ernst zu nehmen, Formen altersgemäßer Partizipation bei der Krisenbewältigung zu ermöglichen und junge Menschen selbst anzuhören.“¹

Die Studienreihe JuCo I-IV und die aktuell laufende vertiefte Auswertung dieser Befunde im Rahmen des Projekts JuPaCo machen zwei Entwicklungen besonders deutlich:

- Die Belastungen und die Beeinträchtigung des Wohlbefindens junger Menschen befinden sich auch mehr als ein Jahr nach dem Ende der Pandemie auf einem sehr hohen Niveau (Lips/Thomas 2023)².
- Die Beteiligung junger Menschen hatte während der Pandemie eine untergeordnete Bedeutung (Andresen et al. 2023). Die gesamte Reihe der JuCo-Studien³, die die Universitäten Frankfurt und Hildesheim während der Covid-19-Pandemie durchgeführt haben, unterstreicht dies.

¹ <https://www.ethikrat.org/mitteilungen/mitteilungen/2022/ethikrat-kinder-jugendliche-und-junge-erwachsene-in-gesellschaftlichen-krisen-nicht-alleinlassen/> (Aufruf: 17.04.2024)

² Lips, A./Thomas, S. (2023): Jugend 2023: Erfahrungen junger Menschen. Der Einfluss der Pandemie und anderer gesellschaftlicher Krisen. Sozialmagazin Heft 11/12, S. 6-15

³ Überblick und zugehörige Veröffentlichungen zu allen vier Studien: <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico/>

Auch bei den aktuellen politischen Entscheidungen über die Aufarbeitung der Corona- und anderer Krisenfolgen können junge Menschen weiterhin kaum Einfluss nehmen. Entsprechend hat sich über die Pandemie hinweg das Vertrauen in die Politik unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiter verschlechtert.

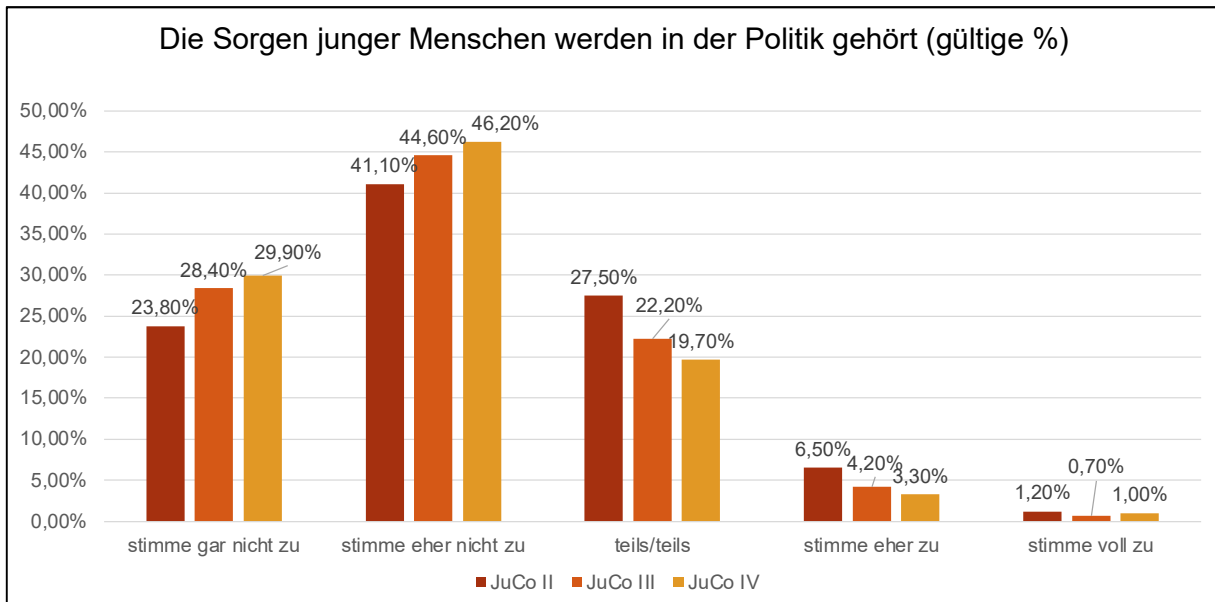


Abb. vgl. Andresen et al. 2023, S. 16f.

Zudem hat die Covid-19-Pandemie Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die politischen Positionierungen junger Menschen: Das Wohlbefinden in der Bevölkerung ist ungleich verteilt, was sich auf sozialen Zusammenhalt und Demokratie auswirkt (Spieß et al. 2023)⁴ und somit auch politisches Handeln erfordert, wie es auch der Monitor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zur Zufriedenheit der Menschen in Deutschland herausstellt: „Insgesamt ist die Betrachtung der Ränder der Wohlbefindensverteilung ein Ansatzpunkt, um politische Maßnahmen abzuleiten. Die Analyse dieser Verteilung kann dazu beitragen, Hinweise zu finden, wie vermieden werden kann, dass Bevölkerungsgruppen sich immer weiter in ihrem Wohlbefinden auseinanderbewegen“ (ebd. S. 19). Diese Einschätzung deckt sich mit Befunden zur Einsamkeitsforschung: Die politischen Einstellungen junger Menschen sind diverser, aber auch extremer geworden – insbesondere, wenn sie sozial nicht gut eingebunden sind (Das Progressive Zentrum et al. 2023)⁵.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse möchte der *Forschungsverbund Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit* darauf hinweisen,

- ✓ dass eine Aufarbeitung der politischen Regulationen während der Covid-19-Pandemie und in den aktuellen Krisenzeiten nur mit jungen Menschen geschehen kann. Junge Menschen haben ein Recht auf einen eigenen Raum *und* einen festen Platz in einer politischen Reflexion zurückliegender Maßnahmen während der Pandemie und daraus abzuleitender Schlüsse für das zukünftige Handeln in Krisenzeiten.

⁴ Spieß, K. C. et al. (2023): BiB.Monitor Wohlbefinden 2023 • Wie zufrieden ist die Bevölkerung in Deutschland? Wiesbaden
⁵ Das Progressive Zentrum (2023): Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. Berlin

Die entstandenen Benachteiligungen und Belastungen der jungen Generation erfordern eine schlüssige Handlungsstrategie. Wissenschaftliche Studien belegen insgesamt, dass die Krisenerfahrungen der Covid-19-Pandemie sich langfristig in die Lebensverläufe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingeschrieben haben. Politische Entscheidungsträger*innen müssen erkennen, dass sich die Lebenslagen und Bedarfe junger Menschen seit der Pandemie nachhaltig verändert haben⁶.

Eine strukturell gefestigte Beteiligung junger Menschen im Kontext der Covid-19-Pandemie bleibt aber bis heute eine Leerstelle. Junge Menschen finden weiterhin kaum politisches Gehör zu ihren Erfahrungen während der Pandemie und seit deren Ende. Auch die meisten Maßnahmen zur Milderung der Folgen wurde weitgehend ohne junge Menschen entwickelt. Junge Menschen müssen gerade in Krisenzeiten ihre eigene Lebenssituation und ihr soziales Umfeld mitbestimmen und die politischen Regulationen mitberaten können.

Die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen sind zu divers, als dass sich Herangehensweisen an die Bearbeitung des Krisenerlebens junger Menschen auf einfache Formeln und Programme bringen ließen. Eine Verstetigung von (politischer) Beteiligung junger Menschen an der Beratung politischer Regulationen muss ein Lernimpuls und eine Konsequenz aus den vergangenen Erfahrungen im Umgang mit jungen Menschen in der Covid-19-Pandemie und der daran anschließenden Folgeprobleme sein.

Vor diesem Hintergrund sind die aktuell politisch Verantwortlichen aufgefordert, junge Beratungs- und Beteiligungsgremien in politische Entscheidungsprozesse einzubinden – und dies nicht nur exemplarisch und einmalig, sondern in allen Ressorts, die junge Menschen unmittelbar betreffen. Gerade in dem Aufarbeitungsprozess zur Covid-19-Pandemie ist dies zwingend erforderlich.

Der Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“ setzt sich zusammen aus dem Institut für Sozial- und Organisationspädagogik an der Stiftung Universität Hildesheim und dem Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Universität Frankfurt in Kooperation mit der Universität Bielefeld. Entstanden sind darin bisher die bundesweite Studien JuCo I-IV zu den Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen sowie die bundesweite Studie KiCo zu den Erfahrungen und Perspektiven von Eltern und ihren Kindern während der Corona-Maßnahmen. Aktuell gehören zum Team Sabine Andresen, Anna Lips, Renate Möller, Ersan Özdemir, Tanja Rusack, Wolfgang Schröer, Severine Thomas, Johanna Wilmes.

⁶ Die Bundesregierung (2023): Interministerielle Arbeitsgruppe. Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona. Abschlussbericht. Berlin/Bonn.
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/handlungsempfehlungen-kindergesundheit-08-02-2023> (Aufruf 17.04.2024)